

4.5.2017 - [Pressemitteilungen](#)

Heute im Bundestag Nr. 283 vom 03.05.2017

Die Bundesregierung hat nun den Fünften Armuts- und Reichtumsbericht als Unterrichtung ([18/11980](#)) vorgelegt. Danach bewegt sich die **Armutrisikoquote in Deutschland von 2005 bis 2014 mit knapp 14 Prozent auf etwa gleichem Niveau**. Dennoch zeige sich trotz der guten Konjunktur und der Beschäftigungszuwächse "eher ein Anstieg". Ein sehr hohes Risiko, von Armut betroffen zu sein haben besonders:

- Arbeitslose,
- Alleinerziehende,
- niedrig Qualifizierte und auch
- Kinder und Jugendliche.

Zwischen sieben und acht Millionen Menschen beziehen in Deutschland Leistungen aus den Mindestsicherungssystemen. Bezieher von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) stellen dabei mit knapp sechs Millionen Menschen die größte Gruppe. Dazu gehören auch die sogenannten Aufstocker, die ergänzend zum Erwerbseinkommen SGB-II-Leistungen in Anspruch nehmen müssen.

Anteile am gesamten Nettovermögen

Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens besitzen. Dieser Anteil ist seit 1998 immer weiter angestiegen. Die Haushalte der unteren Hälfte der Verteilung verfügen dagegen nur über rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens.

Aufgabenfelder für die Politik

Der Bericht kristallisiert zudem fünf Aufgabenfelder für eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt in Deutschland stärken und Leistungsgerechtigkeit sicherstellen will, heraus:

1. Kontinuierliche Erwerbsbiografie mit leistungsgerechter Entlohnung.
2. Kinder- und Jugend- sowie der Bildungspolitik sollen Kinder und Jugendliche noch besser individuell und möglichst unabhängig von den Ressourcen in ihrem Elternhaus fördern, um soziale Teilhabe- und Aufstiegschancen zu verbessern.
3. Zugang zu weiteren gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen sollen sichergestellt sein.
4. Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Ausgaben und Investitionen, einer

fiskalischen Tragfähigkeit sowie einer leistungsgerechten Besteuerung.

5. Politischen Akteuren, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft müsse es gelingen, die Teilhabe und die Akzeptanz demokratischer Werte in unserem Land zu erhalten und für neue Herausforderungen zu stärken.

Quelle: Aktuelle Meldungen des Bundestags (hib), Nr. 283/2017